

14. Dezember
9 / 2017
www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zur Verkehrssituation in M-V +++ Nachtbeleuchtung von Windrädern +++ Online-Verwaltung
+++ Landesweite Ehrenamtskarte +++ Gleichstellung von Männern und Frauen +++ Mandatsveränderungen +++
Jugendgeschichtestag 2017 +++ Stadtbienen auf dem Schweriner Schloss +++ Sitzungsplan 2018 des Landtages +++



Titelfoto (Tim Allrich): Viktorien-Figur auf der Orangerie-Terrasse im Burggarten des Schweriner Schlosses

3	Gastkolumne	Jette Studier (NDR) kommentiert die Landtagsdebatte zur Gleichstellungskonzeption der Landesregierung.
4 – 15	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Chaos auf Schienen und Straßen in Mecklenburg-Vorpommern – Verkehrsinfarkt verhindern“
6 – 13	Berichte	Änderung der Landesbauordnung M-V (Nachtbeleuchtung von Windrädern) Bericht zur Umsetzung der Gleichstellungskonzeption der Landesregierung Zivilgesellschaftliches Engagement belohnen – Ehrenamtsstruktur in M-V stärken / Landesweite Ehrenamtskarte Bericht des Bürgerbeauftragten für das Jahr 2016 Bürgerfreundlichkeit im digitalen Zeitalter – Behördengänge online ermöglichen
14	Weitere Beschlüsse	Gesetz zum Deutschen Institut für Bautechnik Gesetz zur Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2018 (Erste Lesung) Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz Aussprache zum Thema Paradise Papers Mandatsveränderungen
15	Gesetzgebung	Übersicht der laufenden und abgeschlossenen Gesetzgebung
16 – 17	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Ortsbesichtigung des Petitionsausschusses zur geplanten Bebauung des Borner Holms auf dem Darß Ausschuss-Beratungen im neuen Plenarsaal
18 – 23	PANORAMA	„Was war? Was ist? Was bleibt?“ – Der 13. Jugendgeschichte-tag ist Geschichte Fleißige Bienen auf dem Schlossdach – Gewinnen Sie ein Glas Schweriner Schlosshonig! Sitzungsplan des Landtages für 2019

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 1.12.2017

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Punkt.



Foto: privat

Jette Studier arbeitet seit knapp drei Jahren für den NDR MV, derzeit in der Redaktion Politik und Recherche. Zuvor war sie Volontärin im Norddeutschen Rundfunk.

■ Diskussionen über die Gleichberechtigung von Mann und Frau ufern aus. Das ist offenbar ein Naturgesetz. Irgendwann steht dabei immer eine ganze Reihe klassischer Schlagworte zu diesem Thema im Raum. Die Debatte zur Gleichstellungskonzeption der Landesregierung in der vergangenen Sitzungswoche war keine Ausnahme: Gender Pay Gap, Frauenquote, Girls' Day und Jungstag, aber auch Intersexualität, Conchita Wurst, #Aufschrei, #metoo und selbstverständlich das Gender Mainstreaming waren nur einige der Schlagworte, die dabei fielen. Ein Gender-Bingo-Spieler hätte viel Freude gehabt.

In der Berufswelt gilt das in Mecklenburg-Vorpommern oft als Selbstverständlichkeit. Hier wirkt die DDR noch heute nach. Denn die Frau im Sozialismus arbeitete, und das teils in Schichten und noch dazu in klassischen Männerberufen. Ob sie damit emanzipiert war, wenn sie gleichzeitig allein für Haushalt und Kinder zuständig blieb, darüber lässt sich streiten. Fest steht aber: Auch in den Nachwende-Generationen in Mecklenburg-Vorpommern lebt dieses Frauenbild weiter.

Das dürfte ein Grund dafür sein, dass die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern, genannt „Gender Pay Gap“, wie in

wert als das Berechnen, Programmieren und Konstruieren in den klassischen „Männerberufen“.

Eine logische Schlussfolgerung daraus könnte nun lauten: Die Frau ist selbst verantwortlich für die Lohnlücke. Schließlich könnte sie eine andere Ausbildung wählen, in Vollzeit arbeiten und die Karriereleiter dann genauso hochklettern wie ihre männlichen Kollegen. Gleichstellungspolitik muss sie folglich darin unterstützen. Nach dieser Logik funktionieren Initiativen wie die gendersensible Berufsorientierung oder Mentoring-Programme für weibliche Führungskräfte, die auch die Landesregierung in ihrem Bericht herausstellt. In diese Richtung ist politisch viel auf den Weg gebracht worden, was je nach Branche und Qualifikation auch funktionieren mag.

Offen bleibt dagegen bisher eine Auseinandersetzung mit der Frage, warum die typisch weiblichen Berufe weiterhin vergleichsweise schlecht bezahlt sind. Wie wichtig ist uns als Gesellschaft die Arbeit von zehntausenden Erzieherinnen, Kranken- und Altenpflegerinnen in Mecklenburg-Vorpommern? Wollen wir sie aufwerten – auch vor dem Hintergrund der Gleichberechtigung? Und wie viel sind wir bereit, dafür zu zahlen? Eine Debatte über diese Fragen dürfte für viele Menschen im Land deutlich spannender und auch wichtiger sein, als der Streit um die natürlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau oder den Begriff Gender.

Jette Studier

„ Die Politik muss nicht um Biologie streiten. “

Besonders aufgeheizt ist die Stimmung immer dann, wenn es um Biologie geht: Wie viele Geschlechter gibt es? Was ist männlich oder weiblich? Welche Unterschiede sind genetisch, welche sozialisiert? Über diese Fragen, an denen Hirnforscher, Entwicklungspsychologen und auch die immer wieder kritisierten Genderforscher arbeiten, wird besonders gern gestritten. Dabei muss Politik das gar nicht. Denn das Grundgesetz gibt ganz unabhängig von den Unterschieden und ihrer Erklärung vor: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Punkt.

allen ostdeutschen Bundesländern, hier deutlich kleiner ist als im Westen. Erklären lässt sich dieses Ergebnis statistisch aber auch damit, dass die Einkommen im Land grundsätzlich niedrig sind – eben auch die der Männer. Dass Mecklenburg-Vorpommern damit ausnahmsweise einen Spitzenplatz belegt, ist also immer noch kein Grund, die Erfolge der Gleichberechtigung zu feiern. Denn auch hier übernehmen vor allem Frauen die Aufgaben in unserer Gesellschaft, die schlecht oder Zuhause gar nicht bezahlt sind. Pflege und Kindererziehung sind auf dem Arbeitsmarkt deutlich weniger

Achtung, Baustelle!

Chaos, Verkehrsinfarkt? Landtag debattierte in der Aktuellen Stunde über die Verkehrssituation im Land



Stephan J. Reuken (AfD)



Infrastrukturminister Christian Pegel



Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE)

■ An der A 19 wird die Petersdorfer Brücke erneuert. An der A 20 die abgeackte Autobahn in Höhe Tribsees. Hinzu kommen Sperrungen an den Anschlussstellen Gützkow und Jarmen. Auf den Straßen in Mecklenburg-Vorpommern wird eifrig gebaut. Mehr als 50 Baustellen weist die Straßenbauverwaltung für die Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen im Internet aus. Auch im Bahnverkehr treten zahlreiche Einschränkungen zutage. Die AfD nahm das zum Anlass, in der Aktuellen Stunde das „Chaos auf Schienen und Straßen in Mecklenburg-Vorpommern“ zu thematisieren. Sie warnte vor einem Verkehrsinfarkt und forderte, Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen. Regierung und Koalitionsfraktionen widersprachen; Baupläne würden gut koordiniert, um Einschränkungen für Autofahrer, Anwohner, Urlauber und Pendler so gering wie möglich zu halten. Zudem sei jede Baustelle auch ein Zeichen für Verbesserungen in der Infrastruktur.

Baustellen auf Straßen, Baustellen auf Schienen. Zugausfälle, Verspätungen und Schienenersatzverkehr. Umleitungen und Staus – „Das klingt schon mächtig nach Chaos und Stress“, befand **Stephan J. Reuken** (AfD). Die Erneuerung der zum Teil maroden Verkehrsinfrastruktur sei zwar dringend notwendig, das Zeitfenster dafür mit Blick auf Tourismus und Wetterlage schmal, da komme es natürlich zu Bauspitzen und Überschneidungen. Ziel müsse aber sein, die Belastungen so gering wie

möglich zu halten. „Selbstverständlich konnte niemand die Absenkung der A20 vorhersehen, wohl aber die Baustellen auf Straßen und Schienen. Hätte man das nicht besser aufeinander abstimmen können?“ Und das sei nur der Blick auf die Hauptstrecken. „Vergessen wir bei der ganzen Aufregung über die Hauptverkehrsadern von Nord nach Süd und Ost nach West nicht die kommunalen Straßen und Wege.“ Reuken sprach von fehlenden Konzepten und stagnierenden Geldzuweisungen an die Kommunen, was in der Konsequenz dort zu einem Investitions- und Sanierungsstau führe.

Infrastrukturminister **Christian Pegel** räumte ein, dass jahrelang zu wenig Geld in Straßen geflossen sei. „Jetzt haben wir das erste Mal einen Status erreicht, wo wir wenigstens das Instandsetzen, was wir im Jahr verbrauchen.“ 2017 stünden für die Bundes- und Landesstraßen 244 Millionen Euro bereit und damit 69 Millionen Euro mehr als noch vor vier Jahren. Er kündigte auch weiterhin ein reges Baugeschehen an. „Was Sie jetzt erleben, ist das, worauf wir uns auf viele Jahre einstellen sollten.“ Das liege nicht nur am schlechten Zustand der Landes- und Bundesstraßen. Auch der Breitbandausbau werde ab Sommer zusätzliche Baustellen mit sich bringen. Pegel versicherte, dass das Land nicht einfach drauflos baue. „Das sind alles hoch strukturierte Maßnahmen, die gut miteinander abgestimmt werden.“ Doch auch jede noch so gute Planung könne nicht verhindern, dass Baustellen

zu sehen und Einschränkungen zu spüren seien. Grund, Panik zu verbreiten, sei das aber nicht. „Ich glaube, dass viele Menschen von außerhalb unter Verkehrschaos oder Verkehrsinfarkt etwas deutlich anderes verstehen, als das, was wir hier haben.“

„Infrastruktur steht immer dann im Fokus, wenn sie nicht funktioniert oder Schäden aufweist. Dann ist der Aufschrei groß“, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Von einem drohenden Verkehrsinfarkt zu sprechen, halte sie aber für übertrieben. Sie begrüße, dass seit 2016 deutlich mehr Gelder für den Erhalt von Landesstraßen eingeplant seien. „Hier wurde viel zu lange auf Verschleiß gefahren.“ Bedauerlicherweise profitierten davon aber kommunale Straßen nicht. „Dort sind die Schäden weit höher, und der Investitionsstau vergrößert sich mit jedem Jahr.“ Schwenke sprach sich dafür aus, einen Teil der Haushaltsüberschüsse in Straßen zu investieren. „Wir haben immer betont, dass es wichtig ist, Schulden abzubauen. Aber genauso wichtig sind kluge Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.“ Die Vernachlässigung kommunaler Straßen habe auch die Struktur der Baufirmen im Land verändert. „Die Betriebe sind zu klein, um größere Aufträge abwickeln zu können.“ Auch Schwenke mahnte eine bessere Abstimmung der Arbeiten an. Eine zeitliche Staffelung würde die Situation auf den Straßen entschärfen und Baufirmen übers Jahr verteilt Aufträge sichern.



Dietmar Eifler (CDU)



Bernhard Wildt (BMV)



Jochen Schulte (SPD) Fotos: Uwe Sinnecker

Dietmar Eifler (CDU) hielt entgegen, dass Straßenbau kaum ohne Einschränkungen oder Staus möglich sei. Von einem Verkehrschaos zu sprechen, gehe jedoch an der Realität vorbei. Für die meisten Straßen gelte: „Der Verkehr rollt.“ Auch deshalb, weil sich Straßen, Brücken und Schienennetze im bundesweiten Vergleich „überwiegend in einem guten bis sehr guten Zustand“ befänden. Die Baustellen aufzuzählen, sei einfach. Er habe von der AfD aber weder neue Fakten noch Lösungsvorschläge gehört. Doch auch das gehöre zu einer Diskussion dazu. Jede der Baustellen im Land habe ihre Berechtigung und sei ein Beleg für die nachhaltige Sanierung und Erhaltung der Straßen und Schienen. „Davon profitieren wir als Bürger genauso wie die Wirtschaft und der Tourismus.“ Er mahnte zur Vorsicht bei neuen Bautechnologien. „Wir haben ja gerade die ersten Erfahrungen mit neuen Technologien im Tiefbau hier auszubaden“, sagte er mit Blick auf die abgesackte A20. Abschließend schloss er sich der Kritik der Linken am Zustand kommunaler Straßen an. „Da sind ganz klar weitere Anstrengungen nötig, um die Kommunen und Kreise entsprechend mit Finanzen auszustatten.“

Das sei auch dringend notwendig, knüpfte **Bernhard Wildt**, Fraktionsvorsitzender der BMV, an. Laut Statistischem Bundesamt bilde Mecklenburg-Vorpommern das Schlusslicht beim Erhalt und Ausbau von Kreisstraßen. Umso schwerer wiege der Vorwurf aus CDU-Reihen, wonach jedes Jahr zehn

Millionen Euro im Landeshaushalt versickerten, die der Bund eigentlich für den Erhalt von Kreisstraßen ans Land weitergereicht habe. „Ich würde mich sehr freuen, wenn Minister Pegel dazu mal Stellung bezieht.“ Darüber hinaus lenkte Wildt den Blick auf Tourismusregionen wie Rügen und Usedom. „Hier entwickelt sich im Frühjahr eine Kleinstadt zur Großstadt.“ Das strapaziere natürlich auch die Straßen in stärkerem Maße. Bei den Geldern, die das Land den Kommunen zuweise, spiele dieser Umstand jedoch keine Rolle, würden diese doch in erster Linie nach Einwohnerzahlen bemessen. „Hier bitte ich darum, noch mal zu prüfen, inwieweit gerade die Urlaubsregionen mit ihren vielen Einwohnern auf Zeit zusätzliche Mittel bräuchten.“

Chaos, Verkehrsinfarkt – das Thema der Aktuellen Stunde habe ihn „etwas

sprachlos“ gemacht, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion **Jochen Schulte**. „Sie stellt ja mal wieder eine Sternstunde des deutschen Parlamentarismus dar.“ Die AfD habe in ihrer Rede doch selbst erläutert, warum Straßenbaumaßnahmen vorrangig im Frühjahr und Herbst stattfinden: um Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. „Und welche Jahreszeit haben wir denn jetzt?“ Da frage er sich umso mehr, was solch eine Aktuelle Stunde soll. „In dieser Debatte ist wirklich alles gesagt worden, was nicht hätte gesagt werden müssen.“ Und am Ende habe die AfD ja selbst deutlich gemacht, dass eigentlich alles gut laufe. „Es wird investiert in dieses Land, es wird investiert in den Straßenbau, es wird investiert in den Schienenverkehrswegebau.“ Eine Überschrift wie „Investieren in die Zukunft unserer Heimat“ wäre da viel angebrachter gewesen.

Aktuelle Stunde

... nennt man eine Kurzdebatte über Angelegenheiten von allgemeinem, aktuellem Interesse. Das Antragsrecht für das Thema wechselt zwischen den Fraktionen in der Reihenfolge ihres Stärkeverhältnisses. Die Dauer der Kurzdebatte ist auf eine Stunde beschränkt. Diese Redezeit wird entsprechend dem Stärkeverhältnis auf die Fraktionen aufgeteilt, wobei jeder Redner nicht länger als zehn Minuten sprechen soll. Die Redezeit von Mitgliedern der Landes-

regierung sollte 15 Minuten nicht überschreiten und wird auf die Gesamtdauer der Aktuellen Stunde nicht angerechnet.

Die Debatte während der Aktuellen Stunde finden Sie im Wortlaut auf der Internetseite des Landtages unter www.landtag-mv.de (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle). Sie können sich die Debatte auch auf dem YouTube-Kanal des Landtages ansehen.



Windräder sollen nachts nur noch bei Bedarf blinken.

Foto: Jens Büttner

Lichter in der Nacht

Neue Windräder dürfen nachts nicht mehr dauerhaft blinken

■ Tagsüber sind sie weithin sichtbar, nachts verschwinden Windräder im Dunkeln. Ihre roten Lichter sind daher eine Frage der Sicherheit und Vorschrift. Aber müssen sie deshalb auch dauerhaft blinken? Der Landtag sagt: Nein! Mit großer Mehrheit stimmten die Abgeordneten dafür, dass die Lichter mithilfe von Radartechnik erst aktiviert werden, wenn sich ein Flugzeug oder Hubschrauber nähert. An diese neue Vorschrift in der Landesbauordnung müssen sich Investoren halten, die neue Windparks mit mehr als vier Anlagen errichten oder alte Windräder durch neue ersetzen. Bei kleineren Projekten können sich Investoren mit einer Ablöse von 100.000 Euro von der Pflicht freikaufen. Bereits aufgestellte Windräder

sind von der Neuregelung ausgenommen. Der Landtag erhofft sich durch die Änderungen mehr öffentliche Akzeptanz für Windenergie. Denn: Das Dauerblinken gilt neben den Geräuschen und der Optik im Landschaftsbild als Hauptkritikpunkt an Windrädern.

Die Anhörung zum Gesetzentwurf habe gezeigt, dass fast alle sachverständigen Institutionen die Einführung der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung befürworten, sagte **Rainer Albrecht**, Vorsitzender des Energieausschusses. Um Schlupflöcher zu vermeiden, schlägt der Ausschuss vor, per Gesetz auszuschließen, dass Investoren große Vorhaben in Teilprojekte mit weniger als fünf Windrädern splitten können. Auf breite Zustimmung seien auch die Pläne gestoßen, Windenergieanlagen im Außenbereich von der Abstandsflächenregelung zu befreien, weil der Brandschutz, anders als bei Gebäuden, hier nur eine untergeordnete Rolle spiele. Im Ergebnis der Beratungen empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und CDU sowie bei Ent-

haltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE und BMV, den Gesetzentwurf mit den in der Beschlussempfehlung aufgeführten Änderungen anzunehmen.

Energieminister **Christian Pegel** hält es angesichts des geringen Flugverkehrs im Land für ein Gebot der Stunde, dass Windräder nachts nicht dauerhaft blinken. Die Radartechnik sei eine Form von „Energieeffizienz“, die niemanden wirtschaftlich „erdrosselt“. „Die Investitionen sind nach unserer Überzeugung machbar.“ Pegel machte aber keinen Hehl daraus, dass mit dem neuen Gesetz nun nicht binnen weniger Wochen oder Monate den Anlagen im Land die Lichter ausgehen werden, schließlich seien Altanlagen von der Neuregelung ausgenommen. Mithilfe der Gelder, die das Land als Ablöse für die Befreiung von der bedarfsgesteuerten Kennzeichnung einnehme, sollen aber auch diese schrittweise nachgerüstet werden. Mit diesem Weg stehe Mecklenburg-Vorpommern bundesweit an der Spitze. Er setze darauf, dass andere Bundesländer dem Beispiel folgen, sodass es keine Wettbewerbsnachteile geben werde.

Er könne verstehen, dass Unternehmer über nachteilige Auswirkungen besorgt seien, so **Bert Obereiner** (AfD). „Wir müssen aber die Gesamtsituation betrachten.“ International sei die bedarfsgerechte Kennzeichnung schon gang und gäbe. „Vielleicht ergeben sich für die Unternehmen damit sogar Chancen, ihre Geschäfte auf ausländische Märkte auszuweiten.“ Kritik übte er am geplanten Wegfall der Abstandsregelung. Brandschutz dürfe auch bei Windkraftanlagen nicht vernachlässigt werden. Im Falle eines Feuers müsse im Umkreis von 500 Metern mit herabfallenden Teilen gerechnet und entsprechend Raum abgesperrt werden. „Bei starkem Wind ist das Doppelte einzuplanen. Und dann sind wir bei 1000 Metern und direkt an der Wohnbebauung dran. Was aber, wenn der Abstand zur nächsten Wohnbebauung nur 800 Meter beträgt?“ Er forderte, Abstände zu Wohngebieten „unverzüglich“ verbindlich zu regeln.

Seiner Fraktion wäre eine freiwillige Lösung lieber gewesen, sagte **Franz-Robert Liskow** (CDU). Die Erfahrung der vergangenen Jahre habe aber gezeigt, dass dies nicht funktioniere. Mit der gesetzlichen Maßgabe werde die bedarfsgerechte Kennzeichnung nun für alle verbindlich geregelt. Das bleibe aus seiner Sicht für Investoren auch bezahlbar. „Ich bin mir sicher, dass die zusätzlichen Kosten bei zukünftigen Ausschreibungsrunden aufgrund der hervorragenden Voraussetzungen bei uns im Land mit abgedeckt werden können.“ Die Hürden für Ausnahmen seien mit Absicht sehr hoch, um Projektbetreibern keine Schlupflöcher zu bieten. „Das letzte Wort, ob einer Ablösezahlung zugestimmt wird, hat in jedem Fall das Ministerium.“ Die Aussage, die neue Regelung hebele brandschutzrelevante Aspekte aus, bezeichnete er als falsch. „Für jede Windkraftanlage muss ein Brandschutzplan bestehen.“ Abstände zur Wohnbebauung zu definieren, sei nicht Aufgabe der Landesbauordnung.

Der bedarfsgerechten Beleuchtung von Windrädern einen gesetzlichen Rahmen zu geben, hält auch **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE) für richtig. „Es schafft Verpflichtungen und Grenzen.“ Dass Investoren dadurch Einbußen bei ihren Erlösen befürchten, liege in der

Natur der Sache und sei sicher auch nicht unbegründet. Sie wisse, dass die Windbranche in den vergangenen Jahren schon sehr viel investiert habe. „Aber die Windmüller haben auch sehr viel Geld verdient. Deshalb denke ich: Die Einschränkungen sind vertretbar.“ Ein Wermutstropfen bleibe für ihre Fraktion, dass auch bei Zielabweichungsverfahren auf Abstandsflächen verzichtet werde und damit der Baulasteintrag entfalle. Unterm Strich würden jedoch die Vorteile im Gesetz überwiegen. „Deshalb werden wir ihm zustimmen.“ Für sie stehe aber auch fest: „Hartleibige Windkraftgegner wird das nicht zu ihren Freunden machen.“

Ralf Borschke (BMV) warf einen Blick auf die Statistik. Demnach standen im vergangenen Jahr in Mecklenburg-Vorpommern 1.844 Windkraftanlagen, 74 seien neu errichtet, 13 durch neue ersetzt worden. Er begrüßte, dass das neue Gesetz die Lebensqualität in der Nähe von Windkraftanlagen verbessern solle, bezweifelte aber, dass es tatsächlich zu mehr bedarfsgerechter Beleuchtung führen werde. Einerseits rechne die Koalition jährlich mit 56 Anlagen, für die sie Ablösesummen – und damit Geld für die Nachrüstung bereits bestehender Anlagen – erhalten werde. Gleichzeitig entstünden damit aber weitere Anlagen, die sich dem bedarfsgerechten Blinken entzögen. Unklar sei für ihn auch, was die Abschaffung der Brandschutzabstände bewirken soll. „Möchten Sie mehr Anlagen in ein Windeignungsgebiet quetschen?“

Auf die Abstandsregelung zu verzichten, mache die Welt nicht unsicherer für die Menschen, entlaste aber Firmen und Verwaltungen von Bürokratie und Kosten, entgegnete **Philipp da Cunha** (SPD). Er warf der AfD vor, wider besseren Wissens zu behaupten, SPD und CDU wollten durch Hintertüren „Monsteranlagen in Wohngebieten errichten“. „Das ist völliger Quatsch.“ Minister Pegel habe auf Nachfrage der AfD im Energieausschuss ausführlich über die Änderung der Abstandsflächen gesprochen und extra betont, dass damit nicht die Abstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung gemeint seien. Mit Blick auf die neuen Beleuchtungsvorschriften und den geringen Flugverkehr



Foto: Jens Büttner

Windräder ab einer Höhe von 100 Metern müssen nachts beleuchtet werden.

im Land rechne er damit, dass ein Windpark nun anstatt jede Nacht nur rund 90 Stunden im Jahr blinkt.

Nach rund anderthalbstündiger Debatte stimmten SPD, CDU, DIE LINKE und BMV für die Änderungen, die Abgeordneten der AfD bis auf eine Stimmenthaltung dagegen.

Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/788
Beschlussempfehlung Energieausschuss
Drucksache 7/1221

Kennzeichnung von Windrädern

Mit dem Ausbau der Windenergie wachsen sowohl die Dimensionen als auch die Anzahl der Windenergieanlagen. Um Kollisionen mit Luft- bzw. Wasserfahrzeugen zu verhindern, ist bei einer Höhe ab 100 m eine Kennzeichnung gesetzlich vorgeschrieben. Am Tag erfolgt dies durch farbliche Markierungen, nachts durch ein rotes blinkendes Gefahrenfeuer. Die Nachtbefeuern soll sich nur dann einschalten, wenn sich tatsächlich ein Flugzeug in der Nähe befindet.

Ehrenamtskarte soll kommen

Regierung soll bis Oktober 2018 die Details erarbeiten

■ Sport, Kultur, Jugend- und Seniorenarbeit, Feuerwehr, Umweltschutz, Nachbarschaftshilfe – all das und noch viel mehr lebt zu großen Teilen davon, dass sich Menschen freiwillig für andere engagieren. In ihrer Freizeit. Unentgeltlich. Mit Leib und Seele. Als Zeichen der Anerkennung sollen sie dafür bald kleine Vergünstigungen erhalten. Mit einer landesweiten Ehrenamtskarte. Was in vielen Bundesländern schon selbstverständlich ist, soll nun auch in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt werden. Sowohl die beiden Koalitionsfraktionen als auch die Fraktion DIE LINKE hatten dazu jeweils einen Antrag in den Landtag eingebracht. Die Details dazu soll die Landesregierung bis Oktober 2018 zusammen mit Kommunalverbänden und der Ehrenamtsstiftung erarbeiten.

„Für das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern ist heute ein großartiger Tag“, sagte **Ann Christin von Allwörden** (CDU) zu Beginn ihrer Einbringungsrede für den Antrag der Koalition. „Wir schaffen hier und heute einen kleinen Dank für große Leistung.“ Wer Verantwortung für andere übernehme, verdiene nicht nur „warme Worte“, sondern auch „Wertschätzung materieller Art“. Bei der Umsetzung warb sie für ein breit aufgestelltes Netzwerk an Landeseinrichtungen, kommunalen und privatwirtschaftlichen Mitstreitern. Denn: Je mehr Partner sich mit Vergünstigungen beteiligen, umso attraktiver werde die Karte.

„Tausendmal berührt, tausendmal ist nix passiert. Tausend und eine Nacht und es hat Zoom gemacht“, kommentierte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) die Bewegung, die nach jahrelangen Diskussionen nun in das Thema komme. „Da streite ich jetzt auch nicht mit Ihnen, welcher Antrag zuerst da war.“ Sie appellierte daran, den guten Beispielen anderer Bundesländer und Kommu-



Foto: Jens Büttner

Noch gibt es eine landesweit gültige Ehrenamtskarte nicht.

nen wie Rostock oder dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zu folgen und schnellstmöglich „Nägel mit Köpfen zu machen“. DIE LINKE hätte am liebsten bis März 2018 ein Konzept vorliegen. Im Sinne eines „gemeinsamen Nenners“ mit der Koalition strich Jeannine Rösler diese Zeitschiene jedoch während der Einbringung aus dem Antrag ihrer Fraktion.

Sozialministerin **Stefanie Drese** warb um Verständnis, dass sich solch ein Projekt nicht von heute auf morgen verwirklichen lasse. „Die Umsetzung einer guten Idee braucht eine gute Vorbereitung.“ Sie schlug ein Arbeitsgremium vor, in dem Ehrenamtsstiftung, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindegremien „Ziele, Inhalte und Schwerpunkte“ der Karte erarbeiten. Welche Kommunen vergeben schon solch eine Karte? Mit welchen Vergünstigungen? Wie sind ihre Erfahrungen? All das müsse dabei berücksichtigt werden. Mit der Werbung um landesweite Sponsoren gehe danach die Arbeit erst richtig los. Doch gerade diese umfangreiche Vorarbeit „sollte für uns alle Ansporn sein, zu einem guten Ergebnis zu kommen – im Sinne der vielen ehrenamtlich Engagierten in unserem Land“.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) wunderte sich über die beiden fast gleichlautenden Anträge. Weder im Haushaltsentwurf noch in den Änderungsanträgen dazu habe er Hinweise auf eine Ehrenamtskarte gefunden.

„Also ist das doch nur reine Makulatur.“ Ja, den vielen Ehrenamtlichen im Land gebühre großer Dank. Zu einer „wirklich glaubwürdigen Unterstützung“ gehöre aber auch, Sportvereine finanziell besser auszustatten, Infrastrukturen auszubauen und das ehrenamtliche Vertragsmanagement zu vereinfachen. Für seine Fraktion ließen die beiden Anträge zu viele Fragen offen. Vor allem, ob nicht damit ein Bürokratie-Monster geschaffen werde, von dem am Ende nur „die parteinahe Sozialindustrie“ profitieren werde. Er schlug vor, die Anträge zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu überweisen. „Ansonsten können wir ihnen leider nicht zustimmen.“

„Das einzige, was hier ohne Substanz war, das war Ihr Beitrag“, kontierte **Jörg Heydorn** (SPD). Hätte die AfD den Antrag der Koalition gelesen, hätte sie gesehen: „Er stellt genau darauf ab, was Sie uns vorwerfen: sehr systematisch zu gucken, wie eine Ehrenamtskarte aufgebaut werden muss, inhaltlich auszugestalten und zu finanzieren ist.“ Um den Ehrenamtlichen regionalbezogene und damit leicht zugängliche Vergünstigungen anbieten zu können, sei es unverzichtbar, die kommunale Ebene als starken Partner zu gewinnen. Darüber hinaus regte er an, das „professionelle Unterstützungskorsett“ auszubauen. Dafür stünden im Strategiefonds mehr als eine Million Euro bereit. Ziel müsse sein, dass sich kein Engagierter allein gelassen oder ohne Ansprechpartner fühle.

Jeannine Rösler (DIE LINKE) empfahl, sich bei der Ausgestaltung der Karte an bereits existierenden Beispielen zu orientieren. „Warum sollten wir von funktionierenden Systemen abweichen?“ Die Erfahrung zeige, dass Vergünstigungen in Schwimmbädern, touristischen Einrichtungen, Restaurants, Theatern und beim öffentlichen Personennahverkehr für Karteninhaber besonders interessant seien. Auch die Unternehmen hätten etwas davon, wie zum Beispiel Gratiswerbung, neue Kunden und ein besseres Image. Klar sei aber auch, dass nicht jeder Ehrenamtliche automatisch in den Genuss der Vergünstigungen kommen könne. „Eine inflationäre Ausgabe würde den Wert und die Bedeutung der Karte schmälern.“

„Gegen den Kern der Anträge haben wir keine Einwände“, sagte **Dr. Matthias Manthei** (BMV). „Viel spannender wird es nachher, wenn es konkret wird.“ Da seien noch viele Fragen zu klären: Wer erstellt die Karten? Wer gibt sie aus? Wie viel muss man leisten, um einen Anspruch auf die Karte zu haben? „Ich bin gespannt, wie das Konzept am Ende aussehen wird.“ Er betrachte die Ehrenamtskarte als Mosaikstein der Ehrenamtsstruktur im Land. „Sie darf aber nicht zum Alibi dafür werden, dass anderswo den Ehrenamtlichen die Arbeit schwermacht wird“, etwa indem es Feuerwehren oder Katastrophenschutz an technischer Ausstattung fehle oder Sportstätten dem Verfall preisgegeben würden.

Maika Friemann-Jennert (CDU) verwies darauf, dass die Zahl der Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, stetig gestiegen sei. „Ende der 1990er-Jahre waren rund 29 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern im Ehrenamt aktiv.“ Inzwischen seien es mehr als 43 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt, steckten dahinter mehr als 600.000 Personen. Gerade in einem Flächenland zeuge ein breites freiwilliges Engagement von einer „starken und vitalen Zivilgesellschaft“. Gängige Praxis sei, die Karte an Helfer zu verteilen, die sich je nach Alter seit ein bis drei Jahren mindestens fünf Stunden pro Woche oder 250 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagierten und dafür keine Aufwandsentschädigung erhielten. Die Kosten

dafür seien überschaubar. „Die Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass mit einem vergleichsweise geringen finanziellen Aufwand ein großer, nachhaltiger Effekt erzielt werden kann.“

Im Laufe der anderthalbstündigen Debatte meldeten sich noch weitere Redner zu Wort. Am Ende stimmten SPD, CDU, DIE LINKE und BMV beiden Anträgen zu, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe dagegen. Der Vorschlag, die Anträge in die Ausschüsse zu überweisen, fand keine Mehrheit. Die vollständige Diskussion können Sie auf der Website des Landtages unter dem Menüpunkt Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle nachlesen oder auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de anschauen.

Antrag CDU/SPD-Koalition

Drucksache 7/1209

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/1203

Gleichstellung von Männern und Frauen

Landtag zieht Bilanz zum vierten Gleichstellungskonzept

■ **Wie lässt sich die Gleichstellung von Frauen und Männern vorantreiben? Zu dieser Frage arbeitete die Landesregierung vor 17 Jahren ein Konzept aus, das seitdem regelmäßig fortgeschrieben wurde. Zuletzt für die Jahre 2013 bis 2016. Darin verankert sind unter anderem Vorschläge, die die Chancengleichheit in Kita, Schule, Ausbildung, Beruf, Politik und Gesellschaft verbessern sollen. Was ist daraus geworden? Darüber informierte die Landesregierung den Landtag in einem 30-seitigen Bericht. Fazit: Die Gleichstellung ist nach Ansicht der Regierung ein gutes Stück vorangekommen. In vielen Bereichen gebe es aber weiterhin großen Handlungsbedarf. Zum Beispiel beim Lohngefüge, bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege, bei der gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen. DIE LINKE warf**



Foto: Lichthof Neubrandenburg

Aus der Fotoaktion des ISBW Neustrelitz zur Equal-Pay-Day-Kampagne - hier Rainer Becker, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Kinderhilfe e. V.

der Regierung vor, nicht genügend für die Gleichstellung zu tun, und beantragte eine Aussprache zum Bericht.

„Die Zwischenbilanz der Landesregierung ist aus unserer Sicht ernüchternd“, meinte **Peter Ritter** (DIE LINKE). Hinter der vermeintlich glänzenden Fassade, die der Bericht zu vermitteln versuche, bröckele es gewaltig. Er warf der Landesregierung vor, viele gesetzliche Möglichkeiten ungenutzt zu lassen und die Gleichstellung im Land immer weiter zurückzufahren. Einerseits hebe der Bericht Investitionen in ländliche Räume hervor. Andererseits gehe die soziale Infrastruktur in Sachen Kita und Gesundheit gerade dort immer weiter zurück. Das viel gepriesene Gleichstellungsgesetz betreffe fast nur den Öffentlichen Dienst und schließe Männer bei der Wahl zu Gleichstellungsbeauftragten aus; das Entgelt-Transparenzgesetz gelte für maximal 0,5 Prozent der Betriebe im Land, und die Rechtsextremismus-Prävention kratze im Bericht noch zu sehr an der Oberfläche. „Was Sie hier machen, ist Augenwischerei!“

Sozialministerin **Stefanie Drese** verteidigte die Gleichstellungskonzepte als „wichtige gleichstellungspolitische Schritte“ für M-V. „Sie waren in den vergangenen 17 Jahren ein erfolgreiches Instrument, um Gleichstellung in allen Ressorts zu verankern.“

Das aktuelle Konzept orientiere sich am gesamten Lebenslauf von Frauen und Männern. Dabei gehe es gerade nicht um „Gleichmacherei“, sondern um zielgerichtete Unterstützung in allen Lebensphasen. Zum Beispiel mit einer klischeefreien Berufsorientierung. „Brauchen wir nicht? Brauchen wir sehr wohl!“ Denn sowohl Mädchen als auch Jungen nutzten zunehmend weniger das gesamte Spektrum der Ausbildungsberufe. Eine wichtige Bedeutung sprach die Ministerin den Mentoring-Programmen in der Landesverwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Kunst zu. „Sie sollen Frauen motivieren, nicht in der zweiten Liga zu bleiben, sondern den Aufstieg in die erste zu wagen.“ Mit der Maßgabe, Chancengleichheit in Bildung und Erwerbsleben zu fördern, Teilhabe von Frauen am beruflichen und gesellschaftlichen Leben zu stärken und Diskriminierung zu verhindern, „werden wir am Ball bleiben und alle wichtigen Themenfelder des Berichts weiter bearbeiten“.

Über Gender zu diskutieren, hält **Prof. Dr. Ralph Weber** nur in einem Punkt für angebracht: Wenn es um Menschen geht, „die aufgrund ihrer biologischen Struktur weder Mann noch Frau sind, sondern in einem Zwischenraum angesiedelt werden“. Darüber hinaus beginne „der weite Grenzbereich zwischen Phantasie und Wahnsinn“. Die Gleichstellungspolitik führe einen Kampf gegen traditionelle Geschlech-

terrollen und klassische Familienbilder – und das schon im Kleinkindalter. Ziel sei, einen „geschlechtslosen Menschen“, einen „Weiberich“, zu schaffen. „Wer heute noch für Familie in der klassischen Lesart eintritt, gilt als totalitärer, veralteter Mensch.“ Er akzeptiere, wenn sich Menschen morgens vor dem Spiegel fragten, ob sie heute als Mann oder Frau durch den Tag gehen wollen. „Das ist Ausdruck persönlicher Freiheit und damit ein elementarer Wert der AfD.“ Um persönliche Freiheit zu fördern, brauche es aber keinen staatlichen Zwang. Die AfD wolle keine „chimäre Gottheit aus Klimawandel, Multikulti und Genderwahn“. „Allen Versuchen, Gleichstellungspolitik auf einer solchen Ebene zu betreiben, gilt daher unser geballter Widerstand.“

Maika Friemann-Jennert (CDU) erinnerte daran, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern als Staatsziel in der Landesverfassung verankert sei. „Ziel muss es daher sein, sie als integralen Politikbestandteil zu begreifen und hierfür auch eine gesellschaftliche Sensibilisierung herzustellen.“ Dazu gehörten auch öffentliche Gender-Debatten. Wer behaupte, damit werde niemandem geholfen, der irre. „Solche Debatten sind immer noch notwendig und sollten sich nicht an akademischen Begriffen abarbeiten, sondern auf einer breiten Basis geführt werden.“ Schließlich gehe es um gesamtgesellschaftliche Fragen. Der Bericht zeige: Gender-Mainstream-

ing als Landesstrategie zu verstehen und bei allen politischen Maßnahmen von Beginn an darauf zu achten, welche Auswirkungen sie auf das eine oder andere Geschlecht haben, habe sich bewährt. „Aber wir sind trotz aller Erfolge noch nicht am Ziel.“ Nach wie vor gebe es gleichstellungspolitische Schief lagen. „An der Beseitigung dieser Defizite werden wir weiter arbeiten.“

Ihre Fraktion erkenne an, dass das Land im Bemühen um Gleichstellung auf dem richtigen Weg sei, sagte **Christel Weißig** (BMV). „Der hier vorgelegte Bericht macht aber auch deutlich, dass es immer noch in den Sternen steht, wann sie gelebte Realität sein wird.“ An manchen Stellen komme die Landesregierung geradewegs zu merkwürdigen Schlussfolgerungen. Als Beispiel nannte sie den Vorschlag, für die Gewinnung männlicher Fachkräfte die Erzieherausbildung attraktiver zu gestalten. „Das ist ja mal eine tolle Idee: Für uns Frauen reicht die Erzieherausbildung, aber für Männer muss sie attraktiver werden.“ Kritik übe sie auch an einer überzogenen geschlechtergerechten Sprache. Natürlich präge Sprache Einstellungen und Denken. Aber wer sie mit Gewalt auf sprachliche Gleichberechtigung trimme, erreiche leicht das Gegenteil von dem, was er beabsichtige. „Ich bitte hier um den Schutz des Kulturgutes ‚deutsche Sprache‘ vor ideologischen Verhuzungen.“

„Herr Weber, ich verstehe gar nicht, wie man so viel reden und dabei nichts sagen kann“, stieg **Nadine Julitz** (SPD) in die Debatte ein. „Die Tatsachen liegen doch auf der Hand. Machen Sie einfach die Augen auf, meine Herren. Schauen Sie auf die Lohnunterschiede, auf die Chieffessel.“ Frauen seien gleichwertig, zum Teil sogar besser ausgebildet. „Warum verdienen sie weniger?“ Sie begreife Gleichstellung als einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, der sich ohne den Eingriff der Politik „wenig bis gar nicht“ gestalten lasse. Frauenquote und Entgelt-Transparenzgesetz seien natürlich keine Garantien für völlige Gleichstellung, aber eine Brücke. Sie warf der AfD vor, mit Absicht „schräge Debatten“ zu führen, um die Menschen zu verunsichern. Die Lebenswirklichkeit sehe aber anders aus. „Gleichstellungsarbeit ist



Foto: Uwe Sinnacker

Im neuen Plenarsaal sind die Besucher auf den Gästetribünen dicht dran am Geschehen.

nötig, um allen Formen von Familie die gleichen Voraussetzungen zu schaffen“ und Diskriminierungen oder Benachteiligungen entgegenzuwirken. „Ich verstehe nicht, warum man da nicht drauf gucken kann.“

„Es ist eindeutig erkennbar, dass Sie Gender-Mainstreaming nicht wollen“, knüpfte **Karen Larisch** (DIE LINKE), an die AfD gewandt, an. „Die Anträge der AfD zur Einstellung dieses Programms sind deckungsgleich mit den Anträgen der NPD in den letzten beiden Legislaturperioden.“ Umso notwendiger sei es, sich auch mit Rechtsextremismus unter der Sicht von Geschlechterrollen auseinanderzusetzen. „Gender-Mainstreaming wird in rechtskonservativen, rechtsextremen und rechtsradikalen Szenen als Feindbild bezeichnet.“ Sie nehme an, dass das „überzogen frauenfeindliche Verhalten der Männchen eine Kompensation zur Weibchen-Population in der rechtsextremen Szene“ sei. Denn: Eigentlich hätten in der Szene die Frauen das Sagen. Die optisch Auffälligen seien sehr leicht zu erkennen, die Unauffälligen nicht. „Sie sind die Demo-Anmelderinnen. Sie arbeiten als Hebammen, sind in Elternbeiräten, kaufen Grundstücke und engagieren sich in der Umweltbewegung.“ Deshalb sei es dringend notwendig, dass das Land Lehrern „endlich“ auch Weiterbildungen in Bezug auf Rechtsextremismus finanziere.

Jörg Heydorn (SPD nannte es „despektierlich“, wie sich die AfD in Sachen Intersexualität geäußert habe. Zu sagen, das seien alles Spinner, die in den Spiegel schauten und sich einen Tag einen Rock anzögen und am nächsten wieder eine Hose, negiere wesentliche biologische Erkenntnisse. „Da gibt es eine sehr, sehr wegweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Insofern wäre es mal interessant, von der AfD zu erfahren, wie viele Geschlechter es denn für sie gibt.“

DIE LINKE hatte im Rahmen der Debatte gefordert, den Regierungsbericht in alle Ausschüsse zu überweisen. Mit der Stimmenmehrheit von SPD, CDU und AfD wurde er jedoch für erledigt erklärt.

*Unterrichtung Landesregierung
Drucksache 7/1186 (neu)*



Foto: Jens Büttner

Möglichst viele Verwaltungsleistungen sollen online angeboten und über ein virtuelles Portal miteinander verknüpft werden.

Verwaltung 4.0

Behördengänge sollen digitaler werden

■ **Den Reisepass verlängern, Kindergeld beantragen oder das Auto ummelden – Behördengänge wie diese sollen sich perspektivisch mit wenigen Mausclicks erledigen lassen. Rund um die Uhr und bequem vom Sofa aus. Der Landtag hat die Landesregierung mit breiter Mehrheit aufgefordert, bis Ende 2018 ein entsprechendes Digitalisierungskonzept zu erstellen. Treibende Kraft dafür ist das Onlinezugangs-Verbesserungsgesetz des Bundes. Dieses verpflichtet Bund und Länder einschließlich Kommunen, bis 2022 möglichst viele Verwaltungsleistungen online anzubieten und diese über ein virtuelles Portal miteinander zu verknüpfen.**

„Wir wollen, dass die wichtigsten Verwaltungsaufgaben für Bürger, Unternehmen, Verbände und Vereine einfach und gebündelt digital zugänglich sind“, begründete **Philipp da Cunha** (SPD) den Koalitionsantrag. Hier hinke Deutschland im internationalen Vergleich noch weit hinterher. Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen schaffe einen Mehrwert für alle, ganz besonders im ländlichen Raum. Viele Verwaltungsschritte seien längst digital. „Das Bild für den Pass wird ja nicht mit der Post zur Bundesdruckerei geschickt.“ Nun gehe es darum, die einzelnen Teilschritte zu einem Ganzen zusammenzufügen.

Mecklenburg-Vorpommern habe sich längst auf den digitalen Weg gemacht und 2016 das E-Government-Gesetz eingeführt, unterstrich Energieminister **Christian Pegel**, zu dessen Ressort auch die Digitalisierung gehört. Damit in diesem Prozess nicht jeder „das Wagenrad der Digitalisierung“ neu erfindet, arbeiteten Land und Kommunen in der Umsetzung Hand in Hand. In einem der nächsten Schritte sollen Bürger in einer zentralen Wissensdatenbank nicht nur Informationen zu allen Verwaltungsleistungen finden, sondern diese über ein zentrales Nutzerkonto auch gleich online erledigen können. Damit werde gleichzeitig der digitale Strang für den bundesweiten Portalverbund geschaffen. Zwei wichtige Voraussetzungen dafür seien, das Breitband flächendeckend auszubauen und das Vertrauen der Bürger in die Onlineangebote zu gewinnen. „Das muss beides parallel vorangetrieben werden.“

„Unter dem Stichwort Verwaltung 4.0 geht der Bürger nun also nicht mehr zum Amt, sondern das Amt kommt ins bürgerliche Wohnzimmer“, sagte **Sandro Hersel** (AfD). „Das ist sehr gut.“ Gleichwohl lägen auf diesem Weg aber auch noch diverse Hindernisse. Der Evaluationsbericht zur digitalen Verwaltung zeige, dass 80 Prozent der 2.300 Verwaltungsprozesse des Bundes noch gar nicht digitalisiert werden könnten. „Dazu müssten erst Verwaltungsvorschriften und gegebenenfalls Gesetze an die digitale Realität angepasst werden.“ Und: Wer Prozesse digitalisieren wolle, dürfe nicht an Personal sparen, das mit der teuren Technik umgehen

könne. Er begrüßte, dass Mecklenburg-Vorpommern schon mit eigenen Ideen losmarschiere, mahnte aber, auf diesem Weg nicht die Anforderungen des Bundes aus dem Blick zu verlieren.

Franz-Robert Liskow (CDU) ist sich sicher: Die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern werde maßgeblich von digitaler Teilhabe abhängen. „Wo in Zukunft kein Internet vorhanden ist, da werden auch keine Menschen sein.“ Deshalb unterstütze seine Fraktion seit Jahren jede Initiative, das Breitbandnetz auszubauen. „Leben, Wirtschaften und Versorgen wird im Jahr 2020 und danach ohne digitale Infrastruktur und die dazugehörigen rechtlichen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen nicht darstellbar sein.“

Dass Digitalisierung in einem Flächenland wie M-V „immens wichtig“ sei, steht für **Karen Larisch** (DIE LINKE) außer Frage. Sie dämpfte jedoch allzu hohe Erwartungen an die Umsetzung, da das größte Spektrum an Verwaltungsdienstleistungen die kommunale Ebene betreffe. Das Onlinezugangs-Verbesserungsgesetz verpflichte aber – anders, als auch in dieser Debatte immer wieder behauptet – nur Bund und Länder, Angebote digital zu bündeln. „Es fragt sich also, inwieweit ein Digitalisierungskonzept ohne verpflichtende Teilnahme der Kommunen Stückwerk bleibt.“ Sie regte deshalb an, Kommunen über die Kommunalverfassung zu verpflichten, Dienstleistungen zu digitalisieren. Darüber müsse, ebenso wie über barrierefreie Angebote und Breitbandausbau, noch intensiver gesprochen werden. Deshalb schlug sie vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Energieausschuss zu überweisen.

Den Antrag in den Ausschuss zu überweisen, hielt **Bernhard Wildt**, Vorsitzender der BMV-Fraktion, bei allem Diskussionsbedarf nicht für zielführend. Das genaue Konzept werde ja erst noch erarbeitet und der Ausschuss laut Antrag regelmäßig über den Stand der Dinge informiert. Da bleibe noch genügend Raum für Diskussionen. Über allem müsse am Ende Bürgerfreundlichkeit stehen. Dazu gehörten auch Beratungen zu Nutzungsmöglichkeiten der digitalen Angebote oder Hilfe beim Ausfül-

len von Formularen. Solche Schwierigkeiten erledigten sich schließlich nicht automatisch dadurch, dass Abläufe digitalisiert würden.

Das Digitalisierungskonzept werde die Belange aller Beteiligten berücksichtigen, auch die der Bürger, betonte **Philipp da Cunha** (SPD). Er sei überzeugt, dass diese sehr schnell die Vorteile digitaler Dienstleistungen erkennen würden. Dass mit sinkendem Arbeitsaufwand für Verwaltungsakte ein Personalabbau einhergehen werde, glaube er nicht. „Ich wünsche mir, dass wir die Entlastung der Mitarbeiter darin münden lassen, Bürger intensiver zu beraten und Menschen mit Hilfebedarf besser zu unterstützen.“

SPD, CDU, AfD, BMV und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe stimmten dem Antrag zu. DIE LINKE enthielt sich. Ihr Änderungsantrag wurde ebenso wie der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Antrag SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/1208
Änderungsantrag DIE LINKE
Drucksache 7/1265

1.638 Petitionen

Bürgerbeauftragter gibt Einblick in seine Arbeit

■ **Marode Straßen, gefährliche Schulwege, fehlende Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden – das sind nur drei Beispiele, in denen sich Menschen hilflos an den Bürgerbeauftragten gewandt hatten. Insgesamt erreichten Matthias Crone und sein Team im vergangenen Jahr 1.638 Anfragen, Eingaben und Beschwerden – und damit ungefähr genauso viele wie in den beiden Vorjahren. Etwas mehr als die Hälfte bezogen sich auf soziale Angelegenheiten, insbesondere auf Fragen zum Arbeitslosengeld II. Für Unmut sorgten auch Pläne zum Bau von Windparks, fehlende Inklusion am Arbeitsplatz, Lärmbelästigungen, lange Gerichtsverfahren und**



Foto: Büro des Bürgerbeauftragten

Seit März 2012 ist Matthias Crone Bürgerbeauftragter des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

unverständliche Formulare. Das geht aus dem Jahresbericht hervor, mit dem der Bürgerbeauftragte einmal im Jahr den Landtag über seine Arbeit informiert.

Manfred Dachner, Vorsitzender des Petitionsausschusses, sieht die Zahl der Petitionen als „Beweis dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger die Hilfe und Beratungstätigkeit des Bürgerbeauftragten gern in Anspruch nehmen“. Zu denken gebe dem Ausschuss, dass sich die rückläufige Anzahl von Hartz-IV-Empfängern nicht im Beschwerdeaufkommen widerspiegeln. Hier müsse noch einmal genau geschaut werden, wo die Defizite in der Beratung der Arbeitsagentur lägen.

Gemessen an Anzahl und Inhalt der Eingaben habe er „keine großen Pendelschläge“ feststellen können, resümierte **Matthias Crone**. Verschärft habe sich aber die kritische Einstellung gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat, seiner Verwaltung und Politik, so der Bürgerbeauftragte. Sorgen bereite ihm vor allem die harte Sanktionierung von Arbeitssuchenden unter 25 Jahren. „Das trifft ja in der Regel nicht die Unverschämten oder Nachlässigen, sondern die Überforderten.“ Auch das Thema Inklusion sei in der Arbeitswelt noch nicht angekommen. Für Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen habe sich die Situation trotz guter Arbeitsmarktentwicklungen nicht durchschlagend verbessert. Mit dem Jahresbericht Problemfelder dar-

zulegen, sei das eine. Daraus politische Konsequenzen zu ziehen, das andere. Sein Bericht enthalte acht Handlungsempfehlungen, unter anderem zur Windenergie, Schülerbeförderung und Hortbetreuung. „Ich hoffe, dass diese Anregungen ihren Weg in den einen oder anderen Ausschuss finden.“

Das Feedback, das sie von Leuten erhalte, die sich an den Bürgerbeauftragten gewandt haben, belege für **Karen Larisch** (DIE LINKE) den unschätzbaren Wert seiner Arbeit. „Er und sein Team ermöglichen es allen, niedrigschwellig und fast barrierefrei gehört zu werden.“ Umso mehr frage sie sich, warum der Landtag wiederkehrende Probleme nicht in seinem Handeln berücksichtige. Er könne zwar keine Bundesgesetze ändern, sehr wohl aber darauf hinwirken, dass „jobcenter-eigene Abläufe und Formulare für jeden verständlich sind“ oder Gerichte schneller zu Entscheidungen kämen. Denn dass 60 Prozent der Verfahren an Sozialgerichten länger als zwei Jahre dauerten, sei schließlich in erster Linie fehlendem Personal geschuldet. Sie unterstütze die Forderung des Bürgerbeauftragten, in den Kommunen hauptamtliche Behindertenbeauftragte einzusetzen. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sei schließlich keine Einzelfallentscheidung, sondern eine Pflichtaufgabe.

Dem Lob am Einsatz des Bürgerbeauftragten für die Belange der Menschen und für eine bürgerfreundlichere Verwaltung schloss sich auch **Christiane Berg** (CDU) an. Dass seine Anregungen im Landtag kein Gehör fänden, wies sie jedoch zurück. Die Initiative zur Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte sei ein gutes Beispiel dafür, wie Empfehlungen in politisches Handeln umgesetzt

würden. Auch seine Vorschläge für eine bezahlbare Schülerbeförderung, zum Ausbau der Windenergie und zu Belangen von Menschen mit Behinderungen zeigten konkrete Maßnahmen auf, die der Landtag im Blick behalten sollte.

Nikolaus Kramer, Vorsitzender der AfD-Fraktion, betonte den „öffentlichkeitswirksamen Charakter“, der von jedem Verwaltungshandeln ausgehe. Er appellierte an die Abgeordneten, die Landesregierung und die Mitarbeiter in den Verwaltungen, „so sensibel wie möglich“ mit den Bürgern umzugehen und ihr Vertrauen nicht zu verspielen. Denn: Ein Staat, der sich als freiheitlich verstehe, sei auf die Zustimmung und das Vertrauen seiner Staatsbürger besonders angewiesen. „Er kann nur freiheitlich bleiben, wenn seine Bürger ihn so wollen.“ Zustimmung sei nicht selbstverständlich. Sie müsse immer wieder erarbeitet werden. „Nicht nur Politik und Gesetzgeber, auch Verwaltungen und Gerichte sind in dieser Pflicht“, zitierte er den Bürgerbeauftragten aus dessen Vorwort im Jahresbericht. „Da sprechen Sie meiner Fraktion absolut aus dem Herzen.“

In einem Jahr über 1.600 Eingaben zu erhalten und abzuarbeiten, nannte **Dirk Stamer** (SPD) „eine sehr beachtliche Leistung“. Aus der Tatsache, dass zwei Drittel der Petenten ihre Anliegen mündlich vortrügen, leite er zweierlei ab: Die Schwelle, Petitionen schriftlich einzureichen, scheine zu hoch zu sein. Und: Die Bürger verbinden mit einem persönlichen Gespräch mehr Bürgerfreundlichkeit. Unter den Beanstandungen der Bürger liege ihm ein Thema besonders am Herzen: die Ausweisung von Windeignungsgebieten. „Ausnahmegenehmigungen außerhalb von Eig-

nungsgebieten müssen die Ausnahme sein und bleiben!“ Auch bei der überlangen Dauer von Gerichtsverfahren gelte es, gegenzusteuern.

Christel Weißig (BMV) lobte den Petitionsausschuss als „sehr gute Anlaufstelle für die Sorgen und Nöte unserer Mitmenschen“, die kompetent und kostenlos arbeite und – ebenso wie der Bürgerbeauftragte – für gerechte Problemlösungen kämpfe. „Ich selbst würde den Ausschuss um Abhilfe bitten, wenn es darum geht, Menschen in Altersheimen oder Pflegeeinrichtungen gezielt zu helfen.“ Insgesamt würde sie sich für den Ausschuss aber mehr Kompetenzen und Spielräume wünschen – zum Beispiel, um einem Heim auch einen unangemeldeten Besuch abstatte zu können. „Jeder von uns könnte der nächste hilfeschuchende Petent sein und den Petitionsausschuss als letzte unabhängige Hilfe in Anspruch nehmen wollen.“

*Unterrichtung des Bürgerbeauftragten
Drucksache 7/458*

*Beschlussempfehlung Petitionsausschuss
Drucksache 7/1241*

Lese-Tipp

Herzammer der Demokratie

Festliche Eröffnung des neuen Plenarsaals
im Schwannsee-Schloss am 26. September 2017



Am 26. September wurde der neue Plenarsaal mit einem Festakt eröffnet. Eine Dokumentation dieser Veranstaltung können Sie kostenlos unter Tel. 0385/525-2113 oder online bestellen auf der Website des Landtages unter www.landtag-mv.de (Landtag/Publikationen).

Anwalt der Bürgerinnen und Bürger

Der Bürgerbeauftragte versteht sich als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger. Seine Hilfe ist dann gefragt, wenn jemand mit einer Handlung der Landesregierung oder einer behördlichen Entscheidung nicht einverstanden ist und sich an ihn wendet. Er kann aber auch auf Antrag des Landtages, der Landesregierung oder des Petitionsausschusses tätig werden.

Mecklenburg-Vorpommern ist eines von wenigen Bundesländern, in denen parallel zum Petitionsausschuss auch ein Bürgerbeauftragter Beschwerden und Hilfeersuchen entgegennimmt. Seine Amtszeit beträgt sechs Jahre. Gewählt wird er vom Landtag, dem er einmal im Jahr Bericht über seine Arbeit erstatten muss.

www.buergerbeauftragter-mv.de

Weitere Beschlüsse

Tariferhöhung für Beamte

■ Landesbeamte sollen künftig schneller von Tariferhöhungen profitieren als bisher. Bislang mussten sie ein halbes Jahr länger darauf warten, als Angestellte der Landesverwaltung. Ab 2018 sollen Tariferhöhungen zeitgleich für Angestellte und Beamte wirksam werden. Entsprechende Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes wurden jetzt in Erster Lesung beraten. Demnach steigen die Bezüge der Beamten zum 1. Januar um 2,15 Prozent. Außerdem sollen jeweils 0,2 Prozentpunkte der Einkommenserhöhung für Beamte in die Pensionskasse des Landes fließen. Auch das Weihnachtsgeld soll jährlich steigen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/1187*

Konferenz der Ostseeparlamentarier

■ Wie lassen sich die Zusammenarbeit der Länder im Ostseeraum und demokratische Teilhabe im digitalen Zeitalter verbessern? Diesen Fragen ging die Ostseeparlamentarier-Konferenz vom Anfang September in Hamburg nach. Im Ergebnis sprachen sich die knapp 200 Delegierten unter anderem dafür aus, Hindernisse für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr abzubauen, das Grenz- und Visaregime für junge Menschen und organisierte Touristengruppen zu erleichtern, die Ostseeregion beim Einsatz digitaler Technologien für Demokratie und politische Entwicklung zum globalen Vorreiter zu machen und das Ostsee-Wissenschaftsnetzwerk weiterzuentwickeln. Die Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse nahm der Landtag einstimmig an.

Die Ostseeparlamentarier-Konferenz ist ein Zusammenschluss nationaler und regionaler Parlamente aus dem Ostseeraum, parlamentarischer Vereinigungen, politischer Beobachter, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten



Journalisten von Print, Funk und Fernsehen berichten aktuell aus dem Landtag.

Foto: Uwe Sinnecker

und anderer Vereinigungen. Die Akteure treffen sich einmal im Jahr, um Forderungen gegenüber den eigenen Regierungen, der EU, dem Ostseerat und weiteren Akteuren zu formulieren.

*Antrag SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, BMV
Drucksache 7/1214*

Deutsches Institut für Bautechnik

■ Beim Deutschen Institut für Bautechnik haben sich die Aufgaben verschoben. Grund sind rechtliche Änderungen auf EU- und Bundesebene. Einerseits entfallen dadurch für die technische Behörde Aufgaben, andererseits kommen neue hinzu, zum Beispiel die Registrierung aller Energieausweise und Inspektionsberichte für Klimaanlagen. Das bedarf auch der Zustimmung des Landtages in M-V. Denn: Das Institut mit Sitz in Berlin übt seine Tätigkeit auf Basis eines Abkommens zwischen Bund und Ländern aus. Seine wichtigste Aufgabe ist, Bauprodukte und Bauarten zuzulassen. Der Landtag hat dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/954

Beschlussempfehlung Energieausschuss

Drucksache 7/1173

Paradise Papers

■ Die Paradise Papers haben auch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zu einer Debatte über Steuerflucht geführt. DIE LINKE hatte dazu einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der es mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE noch nachträglich auf die Tagesordnung schaffte. „Wir meinen schon, dass es auch uns betrifft, weil es auch sehr viel mit den Einnahmen des Landes zu tun hat“, begründete **Jeannine Rösler** die geforderte Aussprache. Sie mahnte die Politik, „endlich wirksame Maßnahmen gegen Steuerflucht zu ergreifen“. Dazu müsse auch aus dem Land ein „glasklares Signal“ an den Bund ausgehen.

Finanzminister **Mathias Brodkorb** riet, sich nicht so sehr über diejenigen zu ereifern, die Steuervermeidungssysteme nutzen. Er sehe vielmehr die Politik in der Pflicht, „sich über sich selbst zu ereifern“, weil sie diese Mechanismen zulasse. Brodkorb betonte, dass die EU derzeit über eine Anzeigepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle berate und es entsprechende Pläne auch für Deutschland gebe. Am Ende brauche es gegen Steuerflucht aber auch eine „schlagkräftige, spezialisierte Finanzverwaltung“, sagte er mit Blick auf seine geplante neue Struktur der Finanzämter in M-V.

Laufende Gesetzgebung

Gesetzgebung | Stand: 01.12.2017

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/413	SPD, CDU	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes	Finanzausschuss	1. Lesung 05.04.2017 in Beratung
7/764	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 12.07.2017 2. Lesung 13./14.12.2017
7/899	LReg.	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018/2019	Finanzausschuss	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 13./14.12.2017
7/900	LReg.	Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2018/2019 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2018/2019	Finanzausschuss	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 13./14.12.2017
7/1042	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag)	Bildungsausschuss	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 13./14.12.2017
7/1051	CDU, SPD	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes	Agrarausschuss	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 13./14.12.2017
7/1120	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes und zur Aufhebung der Vollstreckungsplanverordnung	Rechtsausschuss	1. Lesung 8.10.2017 2. Lesung 13./14.12.2017
7/1121	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Sozialberufen (Sozialberufe-Anerkennungsgesetz – SobAnG M-V)	Sozialausschuss	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 13./14.12.2017
7/1122	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB XII und anderer Gesetze	Sozialausschuss	1. Lesung 18.10.2017 in Beratung
7/1123	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 13./14.12.2017
7/1124	DIE LINKE	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung 18.10.2017 Überweisung abgelehnt
7/1129	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 18.10.2017 in Beratung
7/1187	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2018 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften	Finanzausschuss	1. Lesung 15.11.2017 in Beratung
7/1206	DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Krankheiten		1. Lesung 5.11.2017 Überweisung abgelehnt
7/1255	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Schleswig-Holstein zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen		1. Lesung 13./14.12.2017
7/1319	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“ in Mecklenburg-Vorpommern		1. Lesung 13./14.12.2017
7/1320	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes		1. Lesung 13./14.12.2017
7/1321	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesrechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften		1. Lesung 13./14.12.2017
7/1322	DIE LINKE	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz Mecklenburg-Vorpommern – FTG M-V)		1. Lesung 13./14.12.2017

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 15./16. November 2017 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/788	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern	SPD, CDU	1. Lesung 12.07.2017 2. Lesung 15.11.2017	angenommen
7/954	Entwurf eines Gesetzes zum Deutschen Institut für Bautechnik	LReg.	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 15.11.2017	angenommen

Borner Holm

Petitionsausschuss informierte sich vor Ort über umstrittene Bebauungspläne

■ Es war windig, regnete, und auf dem Saaler Bodden sah man die Schirme mehrerer Kite-Surfer, als sich der Petitionsausschuss am 23. November auf dem Darß zu einer öffentlichen Ortsbesichtigung auf dem Borner Holm traf. Anlass war eine Petition der Bürgerinitiative Borner Holm e. V. gegen die geplante Bebauung mit Ferienhäusern.

Für diese zwischen der Ortschaft Born und dem Bodden gelegene Boddenwiese hatte die Gemeindevertretung von Born im Januar dieses Jahres einen Bebauungsplan beschlossen. Damit soll einem privaten Bauträger auf einer Fläche von ca. acht Hektar der Bau eines 80-Betten-Hotels und weiterer 50 Ferienhäuser mit je vier Betten ermöglicht werden. Hiergegen wendet sich die Bürgerinitiative Borner Holm e. V. und reichte auch eine Petition beim Landtag ein. Der Petitionsausschuss beschloss, sich selbst ein Bild zu machen, und lud zu der Ortsbesichtigung den Bürgermeister der Gemeinde Born, Vertreter der Landesregierung und Mitglieder der Bürgerinitiative ein.

In der Beratung verwiesen die Petenten auf den Landschaftsschutz, unter dem die 20 Hektar große Boddenwiese steht, sowie auf die Beeinträchtigung der angrenzenden Natura-2000-Gebiete und des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft. Dabei nutzten die Petenten den Rundgang über den Borner Holm, um die Abgeordneten auf einzelne Landschaftselemente, wie die mit alten Eichen bewachsene Binnendüne, hinzuweisen. Auch diese müssten im Falle einer Bebauung weichen. Zudem führten sie aus, dass die Zahl der Gästebetten in Born seit 2012 bereits um 500 gestiegen und ein weiterer touristischer Bedarf, auch auf dem gesamten Darß, nicht vorhanden sei. „Die Umsetzung des Bebauungsplans wäre ökologisch, touristisch und wirtschaftlich eine Fahrt gegen den Eisberg“,



Albrecht Kiefer von der Bürgerinitiative „Borner Holm e. V.“ erläutert den Mitgliedern des Petitionsausschusses das Vorhaben der Gemeinde.

sagte Antje Hückstädt, Vertreterin der Bürgerinitiative.

Der Bürgermeister der Gemeinde Born Gerd Scharnberg verwies auf das in der Verfassung verankerte Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Die Gemeinde sei berechtigt, in eigener Verantwortung festzulegen, welche Gebiete sie bebauen möchte. Bereits seit 1992 plane die Gemeinde eine touristische Entwicklung des Borner Holms, sodass dieses Gebiet in dem wirksamen Flächennutzungsplan von 2006 auch als touristisches Entwicklungsgebiet festgelegt wurde. Sollte das Oberverwaltungsgericht im Zuge des laufenden Normenkontrollverfahrens Fehler in dem Bebauungsplan feststellen, werde die Gemeinde diese heilen und sich am rechtlich Machbaren „entlanghangeln“, um dieses für die Gemeinde Born wichtige Projekt umzusetzen, so der Bürgermeister.

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses Manfred Dachner betonte, dass der Petitionsausschuss im Hinblick auf das laufende Gerichtsverfahren keine rechtliche Bewertung des Bebauungsplans vornehmen werde. Vielmehr solle die öffentliche Ortsbesichtigung den Beteiligten auch als Plattform dafür dienen, ihre Argumente vorzutragen und vor Ort zu veranschaulichen. „Wir werden diese Petition weiter im Ausschuss beraten, bevor wir eine Empfehlung an den Landtag zum Abschluss dieser Eingabe erarbeiten“, so der Vorsitzende.

Während sich im Laufe der Ortsbesichtigung das Wetter besserte und die Sonne herauskam, standen sich die zahlreich erschienenen Befürworter und Gegner der Bebauung des Borner Holms unverändert unversöhnlich gegenüber.

Gute Bedingungen

Die Fachausschüsse tagen auch im Plenarsaal

■ Schlicht, zweckmäßig, passend zum Land, transparent, ideal für öffentliche Plenardebatten, die den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, der politischen Debatte im Lande unmittelbar zu begegnen – das sind Attribute, die dem neuen Plenarsaal zugeschrieben werden. Wegen der Baumaßnahmen im alten Plenarsaal wird der neue zurzeit auch durch die Fachausschüsse genutzt.

Dass der Plenarsaal aktuell verstärkt auch für Ausschuss-Beratungen genutzt wird, liegt an den notwendigen Baumaßnahmen im ehemaligen Plenarsaal. Allerdings muss die Landtagsverwaltung vor und nach jeder Sitzung umbauen. Alle Plätze sind mit Mikrofonen auszustatten, Kabel müssen verlegt, gesichert und nach Beratungs-

schluss wieder weggeräumt werden. Denn das unterscheidet die Sitzungen der Fachausschüsse von den Plenarsitzungen: die unmittelbare Beratung zwischen Abgeordneten, Ministerien und Sachverständigen im Fachausschuss ist darauf angewiesen, dass jeder von seinem Platz aus durch seine Wortbeiträge das Arbeitsergebnis mitgestalten kann. Zurzeit, rund zweieinhalb Monate nach der Eröffnung, ist der neue Plenarsaal bei den Fachausschüssen beliebt – nicht nur bei den Abgeordneten, sondern auch bei den Experten und Sachverständigen. Sie können dort Platz nehmen, wo sonst die Ministerinnen und Minister sitzen. Der Ausschussvorsitz übernimmt das Präsidium, und Ministerialbeamte haben die Möglichkeit, die Stühle auszuprobieren, die während der Plenartagung ihren Chefs vorbehalten sind. Nur die Abgeordneten sitzen dort, wo sie auch während der Plenarsitzungen Platz nehmen: in ihren Fraktionsblöcken – in der Sitzung des Fachausschusses aber immer in der ersten Reihe des Plenarsaals.

Die Premiere feierte am 1. November der Rechtsausschuss. In einer öffentlichen Anhörung zum Haushaltsplanentwurf des Justizministeriums wurden Sachverständige zu den Planungen der Landesregierung gehört. Da ging es zum Beispiel um die Personalausstattung der Justiz, den Verbraucherschutz und um Schutzwesten für Gerichtsvollzieher.

Der Ausschussvorsitzende **Philipp da Cunha** begrüßt die Möglichkeit, den Raum vorübergehend für öffentliche Anhörungen zu nutzen: „Der neue Plenarsaal bietet Abgeordneten und Sachverständigen optimale Beratungsmöglichkeiten. Auch von der Presse habe ich eine positive Rückmeldung erhalten. Das ist wichtig, denn es erleichtert die Berichterstattung über die Landespolitik.“ Zudem könne die Öffentlichkeit auf den Besuchertribünen unmittelbar dabei sein, selbst Besuchergruppen könnten dort öffentlichen Ausschusssitzungen miterleben.

Auch der Innen- und Europausschuss sowie der Finanzausschuss tagen nun erst einmal im neuen Plenarsaal. „Hier kann der Ausschuss genauso modern und komfortabel tagen wie das Plenum während der Landtagsitzung“, findet



Öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses am 1. November im neuen Plenarsaal Foto: Cornelius Kettler

der Vorsitzende des Innen- und Europausschusses **Marc Reinhardt**. „Die Mitarbeiter des Ministeriums, Anzuhörende sowie Gäste des Ausschusses profitieren von den verbesserten Arbeitsbedingungen, und die großzügige Lobby gibt Raum für Fachgespräche in den Sitzungspausen.“

Bei den Beratungen des Finanzausschusses zum Doppelhaushalt 2018/2019 wurden aber auch Grenzen des Plenarsaals deutlich. So beschreibt der amtierende Vorsitzende des Finanzausschusses **Tilo Gundlack** die Atmosphäre in der Endphase der intensiven, wochenlangen Beratungen: „14, zum Teil sehr umfangreiche Einzelpläne, das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz, die mittel-

fristige Finanzplanung und dann noch die Änderungsanträge aller Fraktionen – was wir an Papier präsent haben müssen in den Haushaltsberatungen, das ist nicht immer einfach unterzubringen auf den Tischen.“

Ausschuss-Beratungen im Plenarsaal werden voraussichtlich bis zur Sommerpause 2019 die Regel sein, da dieser wegen der Sanierung und des Umbaus des alten Plenarsaals so lange der einzige geeignete Raum im Schloss ist.

Lesen Sie dazu auch den Bericht auf Seite 23 über die Bau-Situation im früheren Plenarsaal.

Mandatswechsel in der AfD-Fraktion



Leif-Erik Holm



Enrico Komning



Horst Förster



Jens-Holger Schneider

Am 30. November haben die AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm und Enrico Komning ihr Landtagsmandat niedergelegt. Beide waren am 24. September 2017 in den Deutschen Bundestag gewählt worden.

Als Listennachfolger rücken der frühere Richter Horst Förster (74) aus Penzlin und Jens-Holger Schneider (46) aus Schwerin in den Landtag nach. Beide gehören dem Landesparlament seit dem 5. Dezember an.



Der Jugendgeschichtstag am 21. November wurde im neuen Plenarsaal eröffnet.

Foto: Uwe Sinnecker

Zeitenspringer

Beim 13. Jugendgeschichtstag stellten Kinder und Jugendliche lokalhistorische Projekte vor

■ Für die Schülerinnen und Schüler von der Theodor-Fontane-Förderschule im Kloster Dobbertin war es ein Riesenerlebnis, beim Jugendgeschichtstag am 21. November ihr Zeitenspringer-Projekt „Volkstänze in Mecklenburg/Vorpommern früher und heute“ im Schweriner Schloss zu präsentieren – noch dazu im neuen Plenarsaal! Im Rund zwischen Abgeordnetenplätzen und Regierungsbank tanzten sie, zusammen mit ihren Lehrerinnen und Mitgliedern der Mildenitzer Danzlüd, in selbstgenähten Mecklenburg-Schweriner Trachten 200 Jahre alte Regionalgeschichte.



Foto: Cornelius Kettler

Förderschüler vom Kloster Dobbertin sorgten mit ihrem Volkstanz „Fröhlicher Kreis“ für einen stimmungsvollen Auftakt im Plenarsaal.

Die jungen Leute aus Dobbertin gehörten mit ihrem Beitrag zu den 17 lokalhistorischen Projekten, die sich beim 13. Jugendgeschichtstag vorstellten. Die Abschlussveranstaltung des Jugend-

programms Zeiteinsprünge unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider stand unter dem Motto „Was war? Was ist? Was bleibt?“.



Landtags-Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke eröffnete den Jugendgeschichtstag.

„Acht Monate lang habt ihr Ideen gesammelt, Konzepte geschrieben, recherchiert und eure Präsentationen erarbeitet“, eröffnete **Dr. Mignon Schwenke** den Jugendgeschichtstag im neuen Plenarsaal. Die 2. Vizepräsidentin des Landtages zeigte sich besonders begeistert von dem Engagement und der Ausdauer der Jugendlichen, „Verborgenes und teils längst Vergessenes in ihrer Region aufzuspüren“. „Ihr habt andere, neue Perspektiven aufgezeigt, und Ihr habt Menschen ihre Geschichte und ihre Seite einer Geschichte erzählen lassen“, sagte sie. Durch die Befragung von Zeitzeugen, oft auch in der eigenen Familie, blieben Erinnerungen und Erfahrungen gegenwärtig und damit auch gewürdigt. „Wenn Ihr Euch auf die Spuren bekannter Menschen aus Eurer Heimatstadt oder Eurer Schule macht, stiftet Ihr Verbundenheit und Identität“, betonte Schwenke. Anerkennung und Bewunderung für die Vielfalt der Projekte gab es auch von den Landtagsabgeordneten Elisabeth Aßmann, Philipp da Cunha, Christian Brade (alle SPD), Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE), und Marc Reinhardt (CDU), die ebenfalls beim Start der Projektmesse im Plenarsaal dabei waren.

Nach dem stimmungsvollen Auftakt im Plenarsaal ging es zurück in den Schweriner Rittersaal, wo die Zeitspringer bereits am Vormittag ihre Präsentationen aufgebaut hatten. So auch Wenzel Venohr und Marcus Wojatschke, die ihre Spurensuche nach der verschwundenen Siedlung Lankow gefilmt hatten. Das fast 800 Jahre alte Dorf



Bei der Eröffnung ebenfalls dabei: die Abgeordneten Christian Brade, Elisabeth Aßmann (beide SPD), Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE), Philipp da Cunha (SPD) und Marc Reinhardt (CDU).

an der innerdeutschen Grenze war im Zuge des Mauerbaus geschleift worden, die Bewohner wurden zwangsumgesiedelt. Auf ihrer Suche trafen die jungen Zeitspringer einen ehemaligen Einwohner Lankows, der dort noch einen Teil seiner Kindheit verbracht hatte. Ihm folgten die Jugendlichen mit der Kamera zurück in die Vergangenheit. Herausgekommen ist ein Dokumentarfilm, der nach Fertigstellung im Informationszentrum „Grenzhus Schlagsdorf“ gezeigt werden soll. An dem Projektstand im Rittersaal konnten Neugierige erste Ausschnitte aus der Doku anschauen. Der Filmclub Güstrow war „Auf den lauten, leisen, nachdenklichen und kreativen Spuren von Ernst Barlach“ unterwegs und hat hierzu ein Hörspiel produziert. Der Jugendklub „JotKee“ aus Schwaan zeigte „Schwaan im Wandel der Zeit“. Beim Projekt des Jugendweihes M-V e. V. hatten die Teilnehmenden Oma und Opa gebeten „... , erzählt doch mal!“ Und so spürten rund 150 Zeitspringer im Alter zwischen 12 und 21 Jahren teils fast vergessene Geschichte in ihrer Region auf. Manche zeigten auch, wie vergänglich Historie sein kann. Aaron Mall und Malte Rudolph von der Medien- und Informatikschule Greifswald hatten Grabplatten der Marienkirche großformatig auf Japanpapier übertragen und unter dem Titel „Heute mir, morgen dir“ ausgestellt. „Wir hatten unsere Papiere in der Kirche so aufgehängt, dass sie vom Wind bearbeitet wurden und Besucher drauftraten“, erzählt Malte Rudolph. „Papiere zerrissen und wurden dreckig. Das haben

wir fotografiert, um so auch die Vergänglichkeit zu zeigen.“ Geschichte erlebbar machen, neue Perspektiven aufzeigen – das sind nur einige Ziele, die der Landesjugendring mit dem Zeitsprünge-Programm verfolgt. Für jedes Projekt standen rund 1.000 Euro zur Verfügung.

„Aber ohne ehrenamtliches Engagement geht es nicht“, sagt Ulrich Kubowicz von den Mildener Danzlüd. Der 79-Jährige und seine Frau hatten mit den Dobbertiner Jugendlichen Trachtenhäubchen, Jacken und Hemden genäht. Parallel übten sie traditionelle Volkstänze wie „Fröhlicher Kreis“ und „Mecklenburger Kegel“ ein. „Es wäre toll, wenn sich mehr junge Leute für Volkstänze begeistern, bevor diese in Vergessenheit geraten“, so Kubowicz. Und dieser Wunsch trifft mit Sicherheit nicht nur auf das Tanzen zu.



Die Projektgruppe vom Alternativen Mädchentreff Schwerin erforschte die Rolle von Frauen in der Geschichte ihrer Stadt. Foto: Uwe Sinnecker



Unter großem Medieninteresse setzt Imker Mirko Lunau Anfang Juni ein Bienenvolk in den Bienenstock auf dem Schlossdach.

Fotos: Landtag M-V

Fleißige Bienen auf dem Schlossdach

Der erste Schweriner Schlosshonig ist da

■ **Lecker soll er sein, heißt es von den Ersten, die ihn probiert haben. Gut, gesund und vor allem unbelastet ist er – das zeigen die Untersuchungen. Der erste Schweriner Schlosshonig hat alle Erwartungen übertroffen, darin sind sich Schlossimker Mirko Lunau und Landtagsdirektor Armin Tebben einig.**

Gut 170 Kilogramm Honig hat das 40.000 bis 50.000 Bienen starke Volk von Anfang Juni bis Ende August auf dem Dach des Schweriner Schlosses produziert. „Das meiste davon benötigen die Bienen selbst“, sagt Imker Mirko Lunau. Aber rund 23 Kilo konnte er ernten und in insgesamt 100 Gläser füllen, versehen mit einem eigens angefertigten Landtags-Schlosshonig-Etikett.

„Als wir im Juni 2017 den Bienenstock auf dem Dach des Schlosses aufgestellt haben, hatte ich nicht damit gerechnet, dass sich die Bienen gleich so gut entwickeln“, erinnert sich der Imker aus Ahrensboek bei Cambs (Landkreis Ludwigslust-Parchim). Er habe das erste Mal nach zwei, drei Wochen nach dem Rechten geschaut und sei überrascht gewesen, wie viel Honig seine Bienen schon produziert hatten. „Der Kasten war voll“, sagt Mirko Lunau.

Erstaunt war der Demeter-Imker, dem es in erster Linie um das Wohlergehen der Bienen geht, auch, als im Spätsommer das Ergebnis der Pollenanalyse auf dem Tisch lag. Seine erste Reaktion: „Toll, was für eine Vielfalt es in der Stadt gibt!“



Foto: Jens Büttner

Imker Mirko Lunau ist mit seinen "Schlossbienen" überaus zufrieden.

31 verschiedene Pflanzenarten hatten die Schloszbienen im Umkreis von drei bis fünf Kilometern angefliegen. Von der Brombeere und dem Weißklee, über Linde und Vergissmeinnicht bis hin zu Heckenkirsche und Lederhülsen- und Götterbaum: All das stand auf dem „Speiseplan“, genauso wie die nektarlosen Pflanzen Mädesüß, Geißbart und Johanneskraut.

„Es ist nichts Spektakuläres dabei“, sagt Lunau, der bereits seit 2016 Stadtbienen im Freilichtmuseum Mueß betreut. Aber die Vielfalt sei bemerkenswert. Auf dem Land herrsche aus Bienensicht Einfachheit. Mirko Lunau: „Für die Bienen ist Grün die Farbe der Wüste.“ Weite Felder, fehlende Heckenbepflanzung, der Einsatz von Pestiziden, und dann nach der Rapsblüte eigentlich keine Nahrung mehr für die Landbienen – das verursache

Stress und mache die Bienen anfällig für Krankheiten. Die Folge sei insgesamt ein Sterben bei Insektenarten. Und genau darauf will Imker Mirko Lunau gemeinsam mit dem Landtag aufmerksam machen: Bienen sind die Basis unserer Nahrungskette. Ihr Sterben geht uns alle an.

Das Schloss sei nicht nur ein hervorragender Standort für die Bienen, sondern könne auch ein Zeichen setzen – mit dem Bienenvolk auf dem Dach, aber auch mit dem Schlosshonig, der zu einem gewissen Teil als Protokollgeschenk das Anliegen weiter in die Welt tragen soll.

„Als wir angesprochen wurden, haben wir das Vorhaben natürlich geprüft und auch mit den Abgeordneten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor deren Fenstern schließlich das Bienenvolk leben sollte, besprochen und uns schließ-

lich dafür entschieden“, sagt Landtagsdirektor Armin Tebben rückblickend. Es sei eine gute Entscheidung gewesen. Das habe das große Interesse an den neuen Mitbewohnern gezeigt – sowohl bei den Mitarbeitern als auch bei den vielen Besuchern, die bei Führungen in luftiger 25-Meter-Höhe einen Halt beim Bienenstock einlegen.

Im kommenden Jahr werden sie dann sogar mehr als nur einen Bienenstock zu sehen bekommen. Vier bis fünf weitere will Mirko Lunau im Frühjahr dazustellen. Und während der eine oder die andere dann auf mehr Honig hofft, setzen Imker Lunau und der Landtag darauf, dass Stadtbienen irgendwann einmal wieder Landbienen sein dürfen.

Gewinnen Sie ein Glas Schweriner Schlosshonig!

Wenn Sie den Schweriner Schlosshonig gern selbst einmal kosten möchten – machen Sie mit bei unserer Verlosung!

Frage: Wie viele Gläser konnten mit dem Schweriner Schlosshonig abgefüllt werden?

Einsendeschluss ist der 22.01.2018.

Alle Teilnehmenden mit der richtigen Lösung nehmen an der Verlosung teil. Es entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen Ihre Daten werden ausschließlich im Rahmen des Gewinnspiels genutzt, nicht an Dritte weitergegeben und nach der Verlosung gelöscht.

Senden Sie die Antwort mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse entweder per Postkarte an:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Stichwort: Gewinnspiel
„Schlosshonig“
Schloss Lennéstraße 1
19053 Schwerin

oder per E-Mail:
oeffentlichkeitsarbeit@
landtag-mv.de



Foto: Landtag M-V

Vermischtes

Gäste aus Togo

■ Bei einem Besuch im Schweriner Schloss am 17. November besichtigten Dr. Grégoire B. Dotse (li.) und Dr. Edoé Viyomé Sewa natürlich auch den neuen Plenarsaal. Die beiden Fachärzte – Dr. Dotse ist Chirurg, Dr. Sewa Urologe – weilten auf Initiative der Gesellschaft für Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit (DAZ) Greifswald im Land, um das Konzept für ein Krankenhaus in Cinkassé (TOGO) zu präsentieren. Eine Millionen-Spende des Ehepaars Prof. Dr. Dagmar und Norbert Braun aus Greifswald hatte den Anstoß für diesen Plan gegeben. Mit-Gründer und seit vielen Jahren aktiver Unterstützer des DAZ und damit auch des Krankenhaus-Projektes ist der frühere Landtagspräsident Hinrich Kuessner. Er hatte auch den Besuch im „schönsten Landtagsitz Deutschlands“ vermittelt.



Dr. Grégoire B. Dotse (li.) und Dr. Edoé Viyomé Sewa im Plenarsaal des Landtages

Foto: Landtag M-V



Kranzniederlegung am Volkstrauertag auf dem Neuen Friedhof in Parchim

Foto: Michael Beitten

Volkstrauertag

■ In vielen Orten Mecklenburg-Vorpommerns wurde am 12. November an die Opfer von Kriegen und Gewaltherrschaft erinnert. Die zentrale Gedenkstunde des Landes richtete der Landtag gemeinsam mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Parchim aus.

„Gedenken ist wichtig“, betonte Landtags-Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke in ihrer Rede. „Wir dürfen nicht vergessen, welche schrecklichen Gräueltaten in der Vergangenheit verübt wurden!“ Das Anliegen des Volkstrauertages bleibe höchst aktuell. „Es mahnt uns, bei Gewalt- und Kriegshandlungen sowie Verfolgung nicht wegzusehen“, so Schwenke. „Jeder und Jede kann durch persönliches Engagement, Zivilcourage und Mitgefühl zu mehr Frieden, Verständigung und Versöhnung beitragen.“ Insbesondere würdigte sie das Engagement des Volksbundes bei der Friedensarbeit mit Jugendlichen. So hätten zum Beispiel Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Franz-Gymnasiums Parchim

auf der Kriegsgräberstätte im belgischen Lommel Gräber gepflegt. Diese Art der Auseinandersetzung mit der Geschichte und das gemeinsame Wirken junger Menschen verschiedener Nationen stelle einen wichtigen Beitrag zur interkulturellen Verständigung dar.

Ampel mit Restzeit-Anzeige

■ Neuerung an der Fußgängerampel zum Schweriner Schloss: Die Ampel zeigt den Fußgängern an, wie lange sie bis zur nächsten Grünphase noch warten müssen. So soll ihr Verständnis für die Wartepause geweckt werden. Tests in Hamburg haben bestätigt, dass es dadurch zu weniger Rotlicht-Verstößen von Fußgängern kommt. Das Projekt „Restrot-Anzeige“ wurde an diesem Standort gestartet, da im Bereich Alter Garten/Werderstraße viele öffentliche und besucherintensive Einrichtungen



Die neue Ampel am Schweriner Schloss

Foto: Cornelius Kettler

konzentriert sind. Nicht umsonst verkehrt dort mit der Buslinie 10 auch eine Hauptlinie des Schweriner Nahverkehrs. Auch alle Besuchergruppen des Landtages passieren diese Kreuzung.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2018


Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1. Mo Heiligabend	1. Do	1. Do	1. So Ostermontag	1. Di Tag der Arbeit	1. Fr	1. So	1. Mi	1. Sa Weibchensitag	1. Mo	1. Do Allheiligen	1. Sa
2. Di	2. Fr	2. Fr	2. Mo Ostermontag	2. Mi	2. Sa	2. Mo	2. Do	2. So	2. Di	2. Fr Allerseelen	2. So 1. Advent
3. Mi	3. Sa	3. Sa	3. Di	3. Do	3. So	3. Di	3. Fr	3. Mo 36.	3. Mi Tag der Deutschen Einheit	3. Sa	3. Mo 49.
4. Do	4. So	4. So	4. Mi	4. Fr	4. Mo 23.	4. Mi	4. Sa	4. Di	4. Do	4. So	4. Di
5. Fr	5. Mo	5. Mo	5. Do	5. Sa	5. Di	5. Do	5. So	5. Mi	5. Fr	5. Mo	5. Mi
6. Sa	6. Di	6. Di	6. Fr	6. So	6. Mi	6. Fr	6. Mo	6. Do	6. Sa	6. Di	6. Do
7. So	7. Mi	7. Mi	7. Sa	7. Mo 19.	7. Do	7. Sa	7. Di	7. Fr	7. So	7. Mi	7. Fr
8. Mo	8. Do	8. Do	8. So	8. Di Tag der offenen Tür	8. Fr	8. So	8. Mi	8. Sa	8. Mo	8. Do	8. Sa
9. Di	9. Fr	9. Fr	9. Mo	9. Mi	9. Sa	9. Mo	9. Do	9. So	9. Di	9. Fr	9. So 2. Advent
10. Mi	10. Sa	10. Sa	10. Di	10. Do	10. So	10. Di	10. Fr	10. Mo 37.	10. Mi	10. Sa	10. Mo 50.
11. Do	11. So	11. So	11. Mi	11. Fr	11. Mo	11. Mi	11. Do	11. Di	11. Do	11. So	11. Di
12. Fr	12. Mo Rosenmontag	12. Mo	12. Do	12. Sa	12. Di	12. Do	12. So	12. Mi	12. Fr	12. Mo	12. Mi
13. Sa	13. Di	13. Di	13. Fr	13. So	13. Mi	13. Fr	13. Mo	13. Do	13. Sa	13. Di	13. Do
14. So	14. Mi Aschermittwoch	14. Mi	14. Sa	14. Mo	14. Do	14. Sa	14. Di	14. Fr	14. So	14. Mi	14. Fr
15. Mo	15. Do	15. Do	15. So	15. Di	15. Fr	15. So	15. Mi	15. Sa	15. Mo	15. Do	15. Sa
16. Di	16. Fr	16. Fr	16. Mo	16. Mi	16. Sa	16. Mo	16. Do	16. So	16. Di	16. Fr	16. So 3. Advent
17. Mi	17. Sa	17. Sa	17. Di	17. Do	17. So	17. Di	17. Fr	17. Mo 38.	17. Mi	17. Sa	17. Mo 51.
18. Do	18. So	18. So	18. Mi	18. Fr	18. Mo	18. Mi	18. Do	18. Di	18. Do	18. So	18. Di
19. Fr	19. Mo	19. Mo	19. Do	19. Sa	19. Di	19. Do	19. So	19. Mi	19. Fr	19. Mo	19. Mi
20. Sa	20. Di	20. Di	20. Fr	20. So Pfingstsonntag	20. Mi	20. Fr	20. Mo	20. Do	20. Sa	20. Di	20. Do
21. So	21. Mi	21. Mi	21. Sa	21. Mo Pfingstmontag	21. Do	21. Sa	21. Di	21. Fr	21. So	21. Mi	21. Fr
22. Mo	22. Do	22. Do	22. So	22. Di	22. Fr	22. So	22. Mi	22. Sa	22. Mo	22. Do	22. Sa
23. Di	23. Fr	23. Fr	23. Mo	23. Mi	23. Sa	23. Mo	23. Do	23. So	23. Di	23. Fr	23. So 4. Advent
24. Mi	24. Sa	24. Sa	24. Di	24. Do	24. So	24. Di	24. Fr	24. Mo 39.	24. Mi	24. Sa	24. Mo Heiligabend
25. Do	25. So	25. So	25. Mi	25. Fr	25. Mo	25. Mi	25. Sa	25. Di	25. Do	25. So	25. Di 1. Weihnachtstag
26. Fr	26. Mo	26. Mo	26. Do	26. Sa	26. Di	26. Do	26. So	26. Mi	26. Fr	26. Mo	26. Mi 2. Weihnachtstag
27. Sa	27. Di	27. Di	27. Fr	27. So	27. Mi	27. Fr	27. Mo	27. Do	27. Sa	27. Di	27. Do
28. So	28. Mi	28. Mi	28. Sa	28. Mo	28. Do	28. Sa	28. Di	28. Fr	28. So	28. Mi	28. Fr
29. Mo	29. Do	29. Do	29. So	29. Di	29. Fr	29. So	29. Mi	29. Do	29. Mo	29. Do	29. Sa
30. Di	30. Mo	30. Mo	30. Do	30. Mi	30. Sa	30. Mo	30. Do	30. So	30. Di	30. Fr	30. So
31. Mi		31. Sa	31. Mo	31. Do	31. Di	31. Di	31. Fr	31. So	31. Mo	31. Do	31. Mi

■ Sitzungsfreie Zeit
■ Plenarsitzungen Bundesrat
■ Tagungswochen Deutscher Bundestag
■ Für Veranstaltungen der Fraktionen, die Wahlkreisarbeit und Sonderitzungen der Ausschüsse reservierte Zeit.
■ Sitzungswochen Landtagsausschüsse
■ Sitzungswochen Landtag
 Stand: 29. September 2017

Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin
 Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de



Mecklenburg Vorpommern
 Landtag



*Wir wünschen
allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest und
ein glückliches neues Jahr!*